

# „Wollen keinen Kleinkind-Tourismus“

Kinder sollen dort betreut werden, wo sie wohnen, findet die Bundesregierung

VON NORBERT WALLET  
BERLINER REDAKTION

**BERLIN/STUTTGART.** In Stuttgart herrscht darüber Einigkeit, in Berlin sorgt das Thema weiterhin für Streit. Zumindest kann sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Paul, Berichterstatter seiner Fraktion, einen Seitenhieb nicht verkneifen. Er lobt das Gesetz, weil dadurch „Kindern in der Nähe ihrer Wohnung eine Betreuung ermöglicht“ wird. „Schließlich wollen wir keinen Kleinkind-Tourismus.“ Kitas gehörten „dorthin, wo Kinder sind und nicht in Gewerbegebiete“. Und jetzt kommt's: Die Kritik des Chefs der Senioren-CDU in NRW, Leonard Kuckart, „geht daher fehl“.

Ungewöhnlich, dass in einer Pressemitteilung zu einem Gesetz, das doch gut als Erfolg zu verkaufen ist, auf einen parteiinternen Streit Bezug genommen wird. Kuckart hatte sich im Namen der NRW-Senioren-Union gegen das Vorhaben der Bundesregierung gewandt, den Bau von Kitas innerhalb reiner Wohngebiete künftig grundsätzlich zuzulassen. Die Begründung des 79-jährigen: Nicht nur Kinder, auch ältere Menschen hätten Rechte. Ein Dauerpegel von 90 Dezibel bleibe eine unzumutbare Lärmbelästigung, gleich aus welcher Quelle. Demonstrativ ausführlich meldete sich der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Otto Wulff (78), zu Wort: Als Großvater von zwei Enkelkindern freue er sich darüber, „dass nunmehr auch in Wohngebieten fröhliche Kinderstimmen zum ganz normalen Alltag gehören und nicht mehr durch juristi-

sche Vorbehalte verhindert und verboten werden können. Kinder gehören wie die Älteren in die Mitte der Gesellschaft.“

Das war der Tenor im politischen Berlin, auch wenn es Nuancen gab. Dass auch der Lärm von Ballspielplätzen für Kinder nicht mehr als schädliche Umwelteinwirkung gelten darf, schreibt sich die Leinfelden-Echterdinger FDP-Bundestagsabgeordnete Judith Skudelny als Erfolg ihrer Bemühungen auf ihre Fahnen. Sie sähe gerne auch noch Einrichtungen der Kindertagespflege in die Regelung einbezogen, von denen es besonders viele in Baden-Württemberg gebe.

„Einen Schritt in die richtige Richtung“ nannte die SPD-Abgeordnete Ute Vogt den Gesetzesentwurf. Allerdings greife er „genau dort zu kurz, wo eine Regelung - insbesondere in großen Städten - dringend gebraucht wird“. Vogt kritisiert, dass die geplante Reform keine Rechtssicherheit für Einrichtungen für Jugendliche ab 14 Jahren schaffe. Tatsächlich gab es in der Vergangenheit vielerorts Konflikte etwa um von Jugendlichen genutzte Bolzplätze. Hier drückte sich Bundesminister Norbert Röttgen (CDU) „vor dem schwierigen Teil der Auseinandersetzung“. Er widme sich nur dem „vergleichsweise leichten Projekt“ des besseren Schutzes von Kindereinrichtungen.

**Ist Kinderlärm der bessere Lärm? Soll das Klagerecht eingeschränkt werden?**

[www.stuttgarter-nachrichten.de/meinung](http://www.stuttgarter-nachrichten.de/meinung)